



Telefon +41 (0)52 632 73 61
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch

An die Medien

Swiss-Euro-Businesspark und angekündigte Kürzungen im Bahnverkehr im Zentrum der Gespräche

Eine Delegation der Schaffhauser Kantonsregierung hat den Regierungspräsidenten des Regierungspräsidiums Freiburg im Breisgau, Sven von Ungern Sternberg, in Schaffhausen zu einem Arbeitsgespräch empfangen. Die Teilnehmenden waren sich dabei einig, dass sich die Beziehungen zwischen Schaffhausen und Baden-Württemberg positiv entwickeln und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Hochrhein weiter ausgebaut werden soll. Zur Sprache kamen aber auch die aktuelle Situation beim Swiss-Euro-Businesspark sowie die geplanten Kürzungen im grenzüberschreitenden Bahnverkehr auf deutscher Seite.

Anlass für die Aufnahme von Planungsarbeiten zur Schaffung eines Swiss-Euro-Businesspark bildeten die Nachteile infolge der Grenzlage von Neuhausen am Rheinfall/CH und Jestetten/D. Während die Gemeinde Jestetten als Fast-Exklave Deutschlands wirtschaftlich beeinträchtigt ist, kann sich Neuhausen am Rheinfall mangels Landreserven nicht mehr weiter ausdehnen. Der Gewerbepark sollte diese nachteiligen Grenzeffekte überwinden und auf einem geographisch abgegrenzten Gebiet der Gemeinde Jestetten mit rechtlichen Sonderregelungen ausgestattet werden, welche international tätigen Technologie- und Dienstleistungsunternehmen attraktivere Rahmenbedingungen als sonst in der Schweiz oder in Deutschland üblich bieten.

Seit Projektbeginn im Jahr 1999 haben sich allerdings die Rahmenbedingungen verändert, und durch die bilateralen Verträge sind die grenzüberschreitende wirtschaftliche Tätigkeit und der Zugang zu den ausländischen Arbeitsmärkten wesentlich erleichtert worden. Zugleich kamen die Projektarbeiten nicht in der gewünschten Weise voran. Insbesondere vertritt die deutsche Bundesregierung die Auffassung, dass die Übernahme von schweizerischem Arbeits- und Steuerrecht auf deutschem Hoheitsgebiet gegen das deutsche Grundgesetz verstosse und sich der Swiss-Euro-Businesspark deshalb nicht in der vorgesehenen Form realisieren lasse. Um den Bedenken der Bundesregierung nachzukommen, müsste das Konzept deshalb so stark verändert werden, dass die Attraktivität des Businessparks zu sehr darunter leiden würde. In Absprache mit den Gemeindevertretern aus Jestetten und Neuhausen am Rheinfall kamen die Regierungsvertreter von Schaffhausen und Baden-Württemberg deshalb alle zum gleichen Schluss, auf eine Weiterführung des Projektes zu verzichten.

Die Vertreter von Baden-Württemberg und Schaffhausen sprachen sich dafür aus, sich künftig umso mehr über andere Massnahmen für die Stärkung der Wirtschaft und den Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Hochrhein einzusetzen. Gemeinsame Interreg-Projekte, welche die Entwicklung der Region fördern, sind bereits in Planung. Vor diesem Hintergrund wurde allerdings mit Bedauern festgehalten, dass die vorgesehenen Kürzungen im grenzüberschreitenden Bahnverkehr diesen Bestrebungen zuwiderlaufen. Davon betroffen wären wichtige Verbindungen zwischen Basel und dem Bodensee. Für den Kanton Schaffhausen nicht akzeptabel ist der Leistungsabbau auf den Strecken Schaffhausen - Singen und Schaffhausen - Basel. Regierungspräsident Sven von Ungern Sternberg wird die zuständigen Stellen

in Stuttgart über die Haltung der Schaffhauser Kantonsregierung unterrichten. Durch weitere Gespräche sollen Lösungen erarbeitet werden, um das bestehende Fahrplanangebot auf der Hochrheinbahn auch nach dem 10. Juni 2007 unverändert fortführen zu können.

Schaffhausen, 1. Februar 2007

Staatskanzlei Schaffhausen



Legende zum beiliegenden Bild:

Als Symbol für die hervorragende grenzüberschreitende Zusammenarbeit überreichte zum Abschluss der Regierungspräsident von Freiburg im Breisgau, Sven von Ungern Sternberg, dem Schaffhauser Regierungspräsidenten Erhard Meister einen Stich, der den Basler Hof, Sitz des Regierungspräsidiums in Freiburg im Breisgau, zeigt. (Bild von rechts nach links: **Alfons Bank**, Stabsstelle für grenzüberschreitende Zusammenarbeit, **Sven von Ungern Sternberg**, Regierungspräsident Regierungspräsidium Freiburg im Breisgau, **Erhard Meister**, Regierungspräsident Kanton Schaffhausen, **Reto Dubach**, Staatschreiber Kanton Schaffhausen. Nicht im Bild ist Liv Minder, Leiterin der Koordinationsstelle für Aussenbeziehungen des Kantons Schaffhausen, die ebenfalls am Gespräch teilnahm).